30 MILLIONEN EURO FÜR ÖPNV-MODELLPROJEKTE IN DER REGION HANNOVER

Veröffentlicht am 13.09.2021 um 17:14 von Redaktion Burgwedel-Aktuell

Die Region Hannover gehört zu den bundesweit zwölf "Modellprojekten zur Stärkung des ÖPNV" die vom Bundesverkehrsministerium (BMVI) gefördert werden sollen. Das Bundesamt für Güterverkehr als Bewilligungsbehörde muss abschließend zustimmen.Rund 30 Millionen Euro könnten so in den nächsten drei Jahren in Vorhaben fließen, die die CO2-Emissionen im Verkehrsbereich durch ein attraktiveres Angebot nachhaltig reduzieren helfen. Unter anderem soll mit dem Fördergeld der "sprinti" als On-Demand-Dienst auf alle Kommunen in der GVH-Tarifzone C des Umlandes ausgeweitet werden. Geplant ist auch durch multifunktionale Mobilstationen neue Anreize schaffen, auf den Nahverkehr umzusteigen und mit der neuen HannoverCard 50 des GVH sollen Kundinnen und Kunden angesprochen werden, für die sich der Kauf einer Monatskarte nicht lohnt. Mehr Service für die Fahrgäste soll eine weitere Digitalisierung der Informationsmedien im GVH bringen"Mit den Fördermitteln des Bundes werden wir in der Region Hannover einen enormen Entwicklungsschub für eine nachhaltige Mobilität erleben", freute sich Regionspräsident Hauke Jagau: "Nur ein gut ausgebauter, bezahlbarer und attraktiver Nahverkehr kann die Menschen überzeugen, auf Busse und Bahnen umzusteigen."Der Verkehrsdezernent der Region Hannover, Ulf-Birger Franz, sieht mit den erfolgreich eingereichten Vorhaben die Verkehrspolitik der Region bestätigt: "Wir haben in Berlin ein Gesamtkonzept vorgelegt, wie wir den ÖPNV in der Region nachhaltig stärken und die Verkehrswende vorantreiben können. Mit den in Aussicht gestellten 30 Millionen Euro werden wir vor allem in der Lage sein, auf dem Lande neue Fahrgäste für den ÖPNV zu gewinnen."Das vom Fördermittelgeber geforderte Gesamtkonzept für eine nachhaltige Mobilität habe die Region Hannover mit ihrem Zehn-Punkte-Programm zur Verkehrswende vorgelegt, hinterlegt mit dem Verkehrsentwicklungsplan pro Klima. "Unsere Ziele sind klar definiert, mit den bewilligten finanziellen Mittel wären wir in der Lage, die vorgesehenen Maßnahmen schneller und in anderer Dimension umzusetzen," so der Verkehrsdezernent.Geplant ist in der Region Hannover die Erweiterung des On-Demand-Beförderungsdienstes sprinti auf insgesamt elf Kommunen der Region, mit der Absicht, die ländlichen geprägten Räume flexibel an die bestehenden SPNV- und Busangebote mit Ziel Hannover anzubinden. Der On-Demand-Verkehr wird dabei ohne Mehrkosten für die Nutzerinnen und Nutzer in die Tarifstruktur eingebunden und ist im existierenden Vertriebssystem buchbar. Eine Verknüpfung mit den Bedarfen von Arbeitgebern, sozialen Einrichtungen und dem Lieferverkehr, insbesondere in Schwachlastzeiten, ist ebenso angedacht. In seiner Gesamtheit entsteht so das größte On-Demand-Verkehrsnetz seiner Art in Deutschland. "Wir sind davon überzeigt, dass sprinti eine völlig neue Qualität für den Nahverkehr im ländlichen Raum bietet. Deshalb möchten wir dieses Angebot ausweiten", bekräftigten Jagau und Franz.Zusätzlich sollen in der Region intelligent verknüpfte und komfortable Mobilitätsstationen weiter ausgebaut und neu geschaffen werden. Um die Auslastung existierender P+R-Anlagen zu steigern und die Nutzung des ÖPNV zu inzentiveren, ist die Ausrüstung dieser mit intelligenter Sensorik (Auslastung, Verkehrslenkung, ÖPNV-Information) vorgesehen. Die existierenden Auskunfts- und Vertriebssysteme sollen im Hinblick auf fahrgastfreundliche Informationsbereitstellung digitalisiert und zu einer umfassenden Mobilitätsplattform weiterentwickelt werden. Im Post-Corona-Betrieb sind zudem tarifliche Zusatzangebote und umfassende Kommunikationsmaßnahmen zur Fahrgast(rück)gewinnung vorgesehen. Ebenso ist die Schaffung eines ÖPNV-Reallabors unter intensiver Mitwirkung von Bürgerinnen und Bürger und Mobilitätsakteuren geplant.Die Maßnahmen werden vom BMVI nach Bewilligung mit bis zu 30 Millionen Euro pro Antragsteller bei einer Förderquote von 80 Prozent unterstützt. Die Quote kann durch Landesmittel auf bis zu 95 Prozent erhöht werden.Die Projekte werden insbesondere mit Blick auf ihr CO2-Reduktionspotenzial wissenschaftlich begleitet. Ebenfalls wird überprüft, inwiefern besonders wirksame Best Practices auf andere Städte übertragen werden können.